Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

Nr. 26 | **München, 27. Juni 1930** | **17. Jahrgang**

1930 Wochenkalender 5690

	Juni	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	29	3	
Montag	30	4	
Dienstag	Juli 1	5	
Mittwoch	2	6	
Donnerstag	3	7	
Freitag	4	8	
Samstag	5	9	חקת הפטרה ויפתח הגלעדי (Richt. 11, 1—33) פרק ג׳ ד׳ (P. R. פרק ה׳

Das Jüdische Echo

Nummer 26 27. Juni 17. Jahrgang

Zur Tagung des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden

in München am 29. und 30. Juni

In einer schweren Zeit der wirtschaftlichen Not und des Niedergangs hält diesmal der Verband seine Tagung ab. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Beratungen darauf bedacht sein müssen, größte Sparsamkeit walten zu lassen, und der Sparausschuß, der seinerzeit auf der Tagung in Aschaffenburg auf Antrag der Jüdischen Volkspartei eingesetzt worden ist, hat unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrats Dreischlinger, Neumarkt, gut gearbeitet; der Voranschlag für den Etat 1930 zeigt deutlich die Spuren dieser Arbeit. Wie in Aschaffenburg von volksparteilicher Seite mit Recht betont wurde, sollen trotz aller Sparsamkeit die religiös-kulturellen, geistigen und sozialen Angelegenheiten des Verbandes darunter nicht Not leiden. Im großen und ganzen zeigt das auch sowohl der Voranschlag, als auch die Übersicht über die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke. Wir sind sicher, daß mit uns weite Kreise des Verbandes es schmerzlich empfinden, daß unter den Wohlfahrts- und Bildungsanstalten eine Reihe von Kürzungen vorgeschlagen werden muß, z. B. für die Rabbiner-Bildungsanstalten, von denen wir hoffen wollen daß gegen Ende des Etatjahres wenn die Mittel es erlauben, hier vielleicht noch nachträglich die Differenz bewilligt werden kann. Angesichts der schweren finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der gesamten Judenheit kann es natürlich nicht verantwortet werden, durch eine andere Maßnahme die Einnahmen des Verbandes erhöhen zu wollen. Es wird wohl auf keiner Seite der Tagung das Bedürfnis dafür bestehen. Es ist immerhin doch erfreulich, daß der Verband in der Lage ist, für soziale und kulturelle Zwecke über RM. 200 000.— einzusetzen und wir erwarten bestimmt, daß weitere Kürzungen von der Tagung nicht mehr gewünscht werden. Eine weise Sparsamkeitspolitik trachtet eben danach an der richtigen Stelle Einsparungen zu machen, steuerlich alle die Kreise richtig zu erfassen, die leistungsfähig sind, zur Entlastung der schwächeren Schultern und zur Stärkung der Ausgaben für die religiös-kulturellen und sozialen Zwecke. Ein Beispiel solcher mustergültigen Finanzgebarung in diesem Sinne hat uns in den letzten Monaten die Jüdische Gemeinde Berlin gegeben, die zur Zeit von Dir. Kareski, dem Vorsitzenden der Jüdischen Volkspartei Berlin, geführt wird.

Wir möchten in diesem Zusammenhang betonen, daß wir immer noch der Meinung sind, daß ein Weg gefunden werden müßte, um Rat und Tagung in eine Einkammer zu vereinigen. Sollte es nicht möglich sein, Aufgaben des Rates durch einen Ausschuß der Tagung erfüllen zu lassen und andererseits die Mitgliederzahl, wie sie heute in Rat und Tagung gegeben ist, zu vermindern? Der Deutsche Reichstag geht uns zur Zeit in diesem Punkte mit gutem Beispiel voran.

Hinsichtlich der Besoldungsbeschlüsse freuen wir uns konstatieren zu können, daß gerade auf diesem Gebiete der Sparausschuß schon recht erfreuliche Resultate zu verzeichnen hat. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf einen Stellenplan, den der jüdische Lehrerverein in Bayern eingereicht hat, dessen Auswirkung sich aber erst in den nächsten Jahren fühlbar machen kann. Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Plan auf weite Sicht bestehen muß, damit man im gegebenen Falle die notwendigen Einsparungen sicher vornehmen kann. Hinsichtlich der Kürzung der Rabbinatszuschüsse ist es leider nicht möglich gewesen, für die Großgemeinden eine größere Kürzung, als es vorgesehen ist, eintreten zu lassen. Es wird bei der Besprechung der Rabbinats-Bezirksordnung darüber und über andere Punkte noch manches zu sagen sein.

Zur Beratung gelangen wird ein Antrag der Jüdischen Volkspartei, der die unterschiedliche Behandlung von reichs- und nichtreichsangehörigen Juden im Verband aufheben soll, mit der Tendenz, allen jüdischen Gemeinden zu empfehlen, für ihre Satzungen das gleiche zu tun. Nachdem vor allen Dingen die Gemeinde Nürnberg, wie schon so häufig, führend in diesem Punkte vorangegangen ist, dürften darin größere Schwierigkeiten kaum zu erwarten sein. In Nürnberg besteht für alle Mitglieder ohne Unterschied der Herkunft für das aktive Wahlrecht eine zweijährige und für das passive eine vierjährige Karenzzeit. Das dürfte für das ganze Land ein ausreichender Schutz sein.

Zur Verfassung des Verbandes (§ 29a Disziplinargerichte betreffend) wird von der Verbandsleitung der Vorschlag unterbreitet, die Disziplinargerichte auch zuständig zu erklären gegenüber Mitgliedern der Gemeindeverwaltung, des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung. Es ist das ein erfreulicher Fortschritt in der innigen Verbindung zwischen den Gemeinden des Landes und dem Verband.

Eine wichtige neue Bestimmung ist auch zu § 24 der Beamtenordnung vorgesehen, wonach das Dienstverhältnis der Beamten bis zum 68. Lebensjahr verlängert werden kann. Auch darin folgt der Verband dem Beispiel politischer Körperschaften. Ein weiterer Zusatz zur Beamtenordnung (§ 5), der von der größten Tragweite für Einsparungen des Verbandes ist, betrifft die Versetzungsmöglichkeit eines älteren Beamten mit größeren Bezügen aus einer leistungsunfähig gewordenen Gemeinde in eine andere, lebensfähige Gemeinde. Damit soll nicht die Autonomie der Gemeinden oder die Unwiderruflichkeit der Beamten angetastet werden. Es entspricht dies vielmehr einer absolut berechtigten Konsequenz in den Sparmaßnahmen des Verbandes und einer gesunden Finanzgebarung. Selbstverständlich müßten diese neuen Bestimmungen auf alle Kategorien von Beamten angewendet

werden an Hand eines weitsichtigen und nicht bürokratischen Stellenplanes. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß im Zusammenhang mit der Beratung über die Rabbinats-Bezirksordnung auch hier ein solcher Plan aufgestellt werden muß, und zwar sowohl im Interesse der Gemeinden als in dem der Rabbiner.

Den breitesten Raum der Beratungen dürfte wohl die Besprechung der Rabbinats-Bezirksordnung einnehmen, für welche Justizrat Hommel, als der Verfasser des Entwurfs, das Referat übernommen hat.

Wir geben uns der bestimmten Hoffnung hin, daß auch diese Tagung dazu beitragen wird, fruchtbare Arbeit für die bayerische Judenheit zu leisten, unter der Führung des unermüdlichen Präsidenten, des Herrn Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, und daß es diesmal gelingen wird, die Rabbinats-Bezirksordnung zum Gesetz werden zu lassen, womit der Verband seine bisherigen gesetzgeberischen Maßnahmen krönen würde.

Dr. J. Bamberger, Nürnberg.

* * *

Diese Tagung könnte eine *Jubiläumstagung* sein. Zehn Jahre sind vergangen, seitdem die Versammlung in Nürnberg vom April 1920 die Gründung einer Landesorganisation der bayerischen Gemeinden beschlossen hat. — Man hat sich dafür entschieden, erst im *nächsten Jahr* den zehnten Geburtstag des Verbandes zu feiern, weil dessen verfassungsmäßig gewählte Organe erstmals im Frühjahr 1921 zusammengetreten sind. — Trotzdem gibt die diesjährige Tagung Anlaß zu Rückblick und Ausblick; ist sie doch die *letzte* dieser — zweiten — *Wahlperiode*. Rat und Tagung werden Anfang des nächsten Jahres neu gewählt werden, und die Jubiläumstagung, die 1931 in Nürnberg stattfinden soll, wird sich vielleicht als eine wesentlich anders zusammengesetzte Versammlung darbieten. — Man wird mit einem Gefühl der Befriedigung zurückblicken dürfen auf das Erreichte. Der Verband hat in den zehn Jahren seines Bestehens sich zu einer Institution entwickelt, die aus dem Leben der bayerischen Gemeinden nicht mehr weggedacht werden kann. Die bis dahin isoliert nebeneinander bestehenden Gemeinden des Landes sind durch ihn zu einer Einheit zusammengeschlossen worden. Der *Gemeinschaftsgedanke*, durch den Verband geweckt und gestärkt, wirkt über die Grenzen des Landes hinaus. Auf dem Wege über den Verband beteiligt sich die bayerische Judenheit an *Gesamtaufgaben der deutschen Judenheit*, beginnt sie auch die Pflichten, die den *Juden der Welt* gestellt sind, in ihren Kreis einzubeziehen. Der seit dem vorigen Jahr beschlossene, wenn auch der Höhe nach geringe Beitrag des Verbands zum *Palästina-Aufbauwerk* ist ein erfreuliches Zeichen in dieser Richtung. — Der Landesverband kann und darf sich diesen über sein Arbeitsgebiet territorial hinausgehenden Aufgaben zum mindesten so lange nicht entziehen, als diese nicht von einer leistungsfähigen *Reichsorganisation* übernommen werden. Daß eine solche geschaffen werden muß, hat der bayerische Landesverband schon in einer Entschließung seiner Gründungsversammlung anerkannt, und er hat durch die von ihm geleisteten Vorarbeiten und durch die Zustimmung seiner Körperschaften zu dem von den Vertretern der Landesverbände gutgeheißenen Verfassungsentwurf den Gedanken als erste aller deutschen Landesorganisationen in die Tat umzusetzen sich bemüht. Der Reichsverband ist durch den Widerstand, auf den die geplante Verfassung in der Preußentagung stieß, vorerst nicht zustande gekommen. Vom preußischen Verbande aus sollen jetzt neue Vorschläge ausgearbeitet werden. Sind sie tragbar, so wird man sich in Bayern sicherlich der Mitarbeit auch in der Zukunft nicht entziehen.

Der *organisatorische Ausbau* des Landesverbands *nach innen* soll in der diesjährigen Tagung durch die Vorlage der *Rabbinats-Bezirksordnung* zum Abschlusse gelangen. Nach der Verbandsverfassung müssen alle Gemeinden des Landes einem Rabbinat angeschlossen sein. Eigentliche organisierte Rabbinatsbezirke bestehen aber auf Grund der historischen Entwicklung nur in einzelnen Landesteilen, insbesondere in Unterfranken. In den übrigen Bezirken besteht lediglich eine Beitragsleistung der Gemeinden des Bezirks zur Rabbinatsbesoldung oder Vereinbarungen der Einzelgemeinde mit dem Rabbiner selbst, wodurch dieser gegen eine vertraglich bestimmte Zusatzleistung sich der angeschlossenen Gemeinde zur Verfügung stellt, eine Art von Personalunion der Gemeinden im Hinblick auf den Rabbiner.

Der bestehende Zustand, rechtlich unklar und verworren, in der Praxis zu mancherlei Mißständen führend, erheischt eine Änderung. Der Versuch einer gleichheitlichen Regelung der Frage für alle Rabbinatsbezirke des Landes, die in einem vor zwei Jahren von der Verbandsleitung vorgelegten Entwurf gemacht wurde, begegnete aber starkem Widerspruch. Dieser richtete sich vor allem gegen den dort aufgestellten Grundsatz, daß bei der Wahl des Rabbiners alle dem Bezirk angeschlossenen Gemeinden mitzuwirken haben. Diesem — zweifellos innerlich gerechtfertigten — Verlangen haben sich einige Groß- und Mittelgemeinden des Landes energisch widersetzt. Sie wollten sich auf keinen Fall das Recht, allein über die Wahl ihres Rabbiners zu bestimmen, beschränken lassen durch eine Mitwirkung der kleinen Gemeinden des Bezirks, durch deren Stimmen unter Umständen die Mehrheitsverhältnisse in der Gemeinde eine Änderung erfahren könnten.

Die Opposition, die vor allem von liberaler Seite ausging — man befürchtete, die liberale Mehrheit der Stadtgemeinde könnte bei der Wahl des Rabbiners durch die Teilnahme der ländlichen Stimmen in eine Minderheit verwandelt werden —, brachte vor zwei Jahren die Rabbinats-Bezirksordnung zu Fall.

Der neue Entwurf nimmt auf diese Bedenken Rücksicht. Er unterscheidet zwischen *Bezirksrabbinaten* und *Stadtrabbinaten*. Den ersteren, die er als die Regel betrachtet wissen will, liegt ein als eine *Körperschaft des öffentlichen Rechts* gebildeter Rabbinatsbezirk zugrunde mit einer aus den Vertretern der Gemeinden des Bezirks gebildeten *Bezirksversammlung* und dem *Bezirksausschuß*, dem fünf von der Bezirksversammlung gewählte Mitglieder, außerdem der Bezirksrabbiner und deren Beamtenvertreter angehören sollen. — Von besonderer Wichtigkeit ist die Regelung der *Rabbinerwahl*. Der im Entwurf beschrittene Weg — direkte Wahl des Rabbiners durch alle männlichen Mitglieder der beteiligten Gemeinden — empfiehlt sich zwar als demokratisch (bis auf den Ausschluß der Frauen von der Wahlberechtigung), hat aber sehr erhebliche Bedenken gegen sich. Angesichts der Erfahrungen, die früher in Bayern und in jüngster Zeit in Frankfurt gemacht wurden, sollte man die Rabbinerwahl besser der Bezirksversammlung überlassen, statt die Person des künftigen Geistlichen zum Gegenstand einer oft gehässigen Agitation unter den sämtlichen Gemeindemitgliedern werden zu lassen. — Hierauf zielt ein der Tagung vorgelegter Zusatzantrag Dr. Straus ab; weitere Zusatzanträge von Dr. Straus verfolgen den Zweck zu einer Verständigung in anderen umstrittenen Punkten, z. B. dem des Frauenwahlrechts beizutragen.

Est.

Kampf um das Wohlfahrtsamt

Die ausgezeichnete Arbeit des Wohlfahrtsamtes der Israelitischen Kultusgemeinde München unter der Leitung von Justizrat Dr. Elias Straus schien sich in den letzten Jahren nicht nur des Beifalls der ganzen Gemeinde, sondern was mehr ist, auch der gesamten gemeindlichen Vertretungskörperschaften zu erfreuen. Hatte doch auch die liberale Fraktion in den Etatberatungen der letzten Jahre anstandslos die für den Sozialetat angesetzten Beträge bewilligt. Leider schien dem nur so, wie sich deutlich genug auf der gemeinsamen Sitzung der gemeindlichen Kollegien und des Sozialen Ausschusses vom Montag, 23. Juni, herausstellte.

Zunächst ein kurzer Bericht über den Verlauf der Sitzung. Herr Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, der die Verhandlungen leitete, eröffnete sie mit einer herzlichen Beileidskundgebung für Herrn Dr. Ernst Wilmersdörffer, der soeben durch den Tod seiner Frau in tiefe Trauer versetzt worden war. Dann gab Herr Justizrat Dr. *Elias Straus* als Referent eine Übersicht über die mannigfaltige Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes, über seine Einnahmen von Gemeinde, aus Stiftungsmitteln, aus Beiträgen und Spenden, vom Gesamtausschuß der Ostjuden und von öffentlichen Körperschaften in Höhe von insgesamt RM. 123 000.—, über seine Ausgaben in den beiden Abteilungen, der allgemeinen Fürsorge und der bisher von Herrn Hirschinger geleiteten Abteilung. Dabei gab er bekannt, daß Herr Hirschinger um seine Pensionierung gebeten habe, und sprach diesem verdienten Manne, der seit Jahrzehnten in der Münchener Wohlfahrtspflege tätig ist und auf dessen Vorarbeiten das Wohlfahrtsamt aufgebaut wurde, den herzlichen Dank der Gemeinde aus. Die von Herrn Hirschinger bisher ausgeübten Funktionen wurden zum Teil von den Beamten des Wohlfahrtsamtes übernommen; für das überaus schwierige und verantwortungsvolle, notwendige, aber am wenigsten produktive Gebiet der Durchwandererfürsorge wurde vorläufig in Herrn Dr. Ettinger eine Kraft gewonnen, die dieser Arbeit besonderes Verständnis entgegenbringt. Man sei auch in der Hauptstelle für Wanderfürsorge mit der Münchener Arbeit besonders zufrieden. Nach Erläuterungen der vom Wohlfahrtsamt vorgelegten Statistiken über die Zahl der unterstützten Familien, die Höhe der Unterstützungen, die Sprechstundenberatungen und Hausbesuche, aus denen sich ein Bild von der Fülle der geleisteten Arbeit ergab, behandelte Justizrat Dr. Straus eingehend die Tätigkeit der Stellenvermittlung und Berufsberatung. Er beschloß sein Referat, in dem er auch die Frage der ehrenamtlichen Arbeit gestreift und allen amtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern des Wohlfahrtsamtes für ihre aufopferungsvolle Arbeit gedankt hatte, mit einem Überblick über Personalstand und Ausgaben des Amtes. Auf drei Punkte von prinzipieller Bedeutung hatte er im Laufe seiner Ausführungen mit besonderem Nachdruck hingewiesen: auf die jeder Wohlfahrtsarbeit innewohnende Tragik, daß sie nur selten entscheidend helfen könne, daß sie fast immer die Menschen in der Not belassen müsse und nur augenblickliche notwendigste Bedürfnisse befriedigen könne; ferner, daß oberster Grundsatz jüdischer Wohlfahrtsarbeit der sein müsse, jeden Juden gleich zu behandeln und nicht nach Herkunft und Staatsangehörigkeit, sondern nur nach Hilfsbedürftigkeit und Hilfswürdigkeit zu fragen; schließlich, daß zu der heute notwendigsten und auch produktivsten Wohlfahrtsarbeit, der Arbeitsvermittlung für den unter der derzeitigen schlechten Konjunktur, unter der antisemitischen Einstellung weitester Kreise und ganzer Branchen und auch unter dem unbegründeten Mißtrauen jüdischer Arbeitgeber besonders leidenden jüdischen Angestellten, einträchtige Anstrengungen aller Juden, vor allem der jüdischen Arbeitgeber notwendig seien, an die er in diesem Zusammenhang einen ernsten Appell und eine Mahnung richtete.

Ein Referat von Frl. Dr. Emmy *Strauß* über die Fragen der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung ließ die Notwendigkeit spezifisch jüdischer Arbeitsvermittlung mit aller Schärfe hervortreten. Frl. Dr. Strauß beschäftigte sich auch mit den durch die Eingliederung dieser Arbeit in den Rahmen der Wohlfahrtsarbeit akut gewordenen Problemen; sie kam zu dem Schlusse, daß die Tätigkeit auf diesem Gebiete noch intensiver werden könne und müsse.

Darauf begann die *Aussprache*. Herr Kommerzienrat Dr. *Wassermann*, der sie einleitete, beschäftigte sich mit der vorliegenden Rechnung, den Aufstellungen und den Referaten zunächst vom fiskalischen Standpunkt aus — woraus man ermessen kann, wie wichtig ihm die Wohlfahrtsarbeit selbst ist. Er bemängelte die vorgelegte Abrechnung als unkorrekt, rügte, daß über den Personalaufwand ungenügende, über den Sachaufwand gar keine Angaben gemacht seien, kritisierte sehr heftig die Höhe des Personalaufwands, erklärte, daß er sich dem Dank an das Personal nicht anschließen und vom fiskalischen Standpunkt aus keineswegs mit dem Etat zufrieden sein könne. Sachlich bemerkte er, daß die Erklärung von Justizrat Dr. Straus über die gleichmäßige Behandlung deutscher und ausländischer Juden durch das Wohlfahrtsamt überflüssig gewesen sei; außerdem stimme sie nicht, da ja ausländische Juden besser behandelt werden müßten, weil sie von den deutschen öffentlichen Fürsorgestellen nichts bekämen. Aus der „deklamatorischen" Behandlung dieser Frage durch Dr. Straus ergebe sich, wie überhaupt aus seiner ganzen Art, daß er die Wohlfahrtsarbeit als ein Monopol seiner Partei hinstellen wolle, man hänge sich jedoch nur ein sozialpolitisches Mäntelchen um und verfolge dabei in Wirklichkeit das Ziel, die Gemeinde zu einer Volksgemeinde umzugestalten. Mit der sozialpolitischen Tätigkeit sei er schon gar nicht einverstanden; es werde in Deutschland ohnehin viel zu viel Sozialpolitik getrieben. Die Gemeinde habe sich darum nicht zu kümmern und sich auf ihre eigentlichen Arbeiten zu beschränken; im besonderen sei das „eigene Bankgeschäft" des Wohlfahrtsamtes höchst überflüssig. Auch müsse er feststellen, daß man seiner Anregung, sich um Unterstützung an den Kreistag zu wenden, wiederum nicht nachgekommen sei. So müsse er über eine ganze Reihe von Angelegenheiten Aufklärung im engeren Vorstand verlangen und vor allem die Vorlegung eines odnungsgemäßen Etats fordern.

In der weiteren Aussprache wandte sich Herr Rechtsanwalt Dr. Albert *Oppenheimer* gegen die Arbeitsvermittlungstätigkeit des Wohlfahrts-

amtes. Herr Lichtenauer trat den Ausführungen Wassermanns entgegen. Dr. Werner versuchte für seine Person den Eindruck der Wassermannschen Kritik zu verwischen und erklärte sich prinzipiell mit der Tätigkeit des Wohlfahrtsausschusses einverstanden. Er brachte Bedenken gegen die geplante, von Dr. Straus erwähnte, Darlehenskasse vor und glaubte schließlich darauf hinweisen zu müssen, daß die schlechte Finanzlage der Gemeinde in Zukunft unter Umständen eine wesentliche Einschränkung der gemeindlichen Wohlfahrtstätigkeit notwendig machen werde. Herr Justizrat Leo Oppenheimer beklagte den mangelnden Familienzusammenhalt unter den Juden, polemisierte gegen die Erklärung von Herrn Justizrat Dr. Straus über die Gleichbehandlung aller Juden durch das Wohlfahrtsamt — wogegen er sich dabei wandte war allerdings nicht recht zu erkennen —, die Ostjuden ließen es an der erforderlichen Anerkennung der an ihnen geleisteten Arbeit fehlen; der Betrag von RM. 2400.—, den der Gesamtausschuß der Ostjuden zuschieße, sei ein unzureichendes „Entgelt". (Als ob in diesem Zusammenhang von Entgelt gesprochen werden dürfte und als ob es irgendeine Verpflichtung zu dieser ganz freiwilligen Sonderleistung des Gesamtausschusses geben könnte!) Schließlich erklärte er eine Abstellung der Klagen des Schwabinger Krankenhauses über Nichteinhaltung der Besuchsordnung in der jüdischen Abteilung für unbedingt erforderlich. Er habe auch sonst noch vieles auf dem Herzen, aber das wolle er nicht sagen. Nach Bemerkungen von Justizrat Dr. Fränkel und Paul Grünbaum gab Justizrat Dr. Straus auf die Diskussionsrede Dr. Wassermanns die verdiente Antwort.

Er verwahrte sich gegen dessen ungerechte und geradezu boshafte Kritik, wies ihm nach, daß er die Vorlagen nicht richtig gelesen habe, daß er die Jahresrechnung und die Statistiken nicht auseinandergehalten habe, obwohl er hierüber vor der Sitzung aufgeklärt worden sei; daß die vorgelegte Abrechnung, die Arbeit der Beamten, restlos korrekt sei und auch von den Revisoren der Gemeinde geprüft und vollkommen in Ordnung befunden worden sei. Das plötzliche Erstaunen Wassermanns über die hohen Personalausgaben sei unerklärlich. Er habe doch mit seiner Fraktion jeden Pfennig selbst bewilligt. Die Beurteilung der Wohlfahrtsarbeit nach fiskalischen Gesichtspunkten sei verfehlt. Diese Arbeit könne ebensowenig nach kaufmännischen Grundsätzen verstanden und ausgeübt werden, wie etwa die religiöse und kulturelle Arbeit der Gemeinde. Wohlfahrtsarbeit müsse man mit dem Herzen machen, oder man könne sie überhaupt nicht machen. Von sich könne er sagen, daß er mit dieser Arbeit keinerlei politische Vorstellungen oder Absichten verbinde. Er habe deshalb auch nicht nötig, sich ein sozialpolitisches Mäntelchen umzuhängen, dazu fehle ihm schon die Zeit. Was den Kreistag anlange, so habe der Vorstand im vorigen Jahr einstimmig unter Anwesenheit Wassermanns beschlossen, ihn nicht um Unterstützung anzugehen, da man die dort zu erwartende Auseinandersetzung eines unerheblichen Zuschusses wegen habe vermeiden wollen. Die Erklärung über die Gleichbehandlung aller Juden habe er aus wohlerwogenen Gründen abgegeben; es sei doch auch schon einmal anders darum bestellt gewesen, und auch jetzt noch gebe es deshalb zuweilen Angriffe und Vorwürfe.

Justizrat Dr. Straus setzte sich auch mit den anderen Diskussionsrednern auseinander und bemerkte dabei u. a., daß in bezug auf den Umfang der an nichtdeutsche Juden geleisteten Unterstützungen merkwürdige Vorstellungen herrschten. In Anbetracht des Umstandes, daß die Kultusgemeinde ja nur ergänzende Fürsorge leiste, die selbstverständlich dem mehr zugute komme, der keinerlei Anrecht an die öffentliche allgemeine Fürsorge habe, in Anbetracht ferner der schlechten wirtschaftlichen Lage der eingewanderten Juden und der Bedrückungen, denen sie ausgesetzt waren und seien, könne die Verhältniszahl der unterstützten ausländischen zu den unterstützten inländischen Personen keineswegs als besonders hoch bezeichnet werden. In der Jugendfürsorge seien beispielsweise 177 ausländische Kinder unter insgesamt 306 befürsorgten Kindern im vergangenen Jahre gewesen. Jedenfalls sei dieser Prozentsatz lange nicht so hoch, wie viele Leute glauben und glauben machen möchten. Von Herrn Justizrat Oppenheimer wäre eine prinzipielle Auseinandersetzung mit der Arbeit des Wohlfahrtsamtes, zu der er seine Gegnerschaft ja sonst nicht verschweige, zu erwarten gewesen. Die gemeinsame Sitzung verfolge gerade den Zweck, eine solche Aussprache und positive Kritik möglich zu machen. Auch Justizrat Oppenheimer habe aber leider keineswegs gezeigt, wie man es besser machen könne.

Gegen die ihm zuteil gewordene Abfuhr wandte sich sodann Dr. Wassermann mit solch maßloser Gereiztheit und solchen persönlichen Angriffen, wie man sie in diesem Saal selten gehört haben dürfte. Der Vorsitzende war verschiedentlich genötigt, ihn zu unterbrechen und zurechtzuweisen. Wassermann scheute sich nicht einmal die Beamten des Wohlfahrtsamtes zu beleidigen und ihnen vorzuwerfen, sie säßen mit „suffisanten" Gesichtern in der Ecke; er sprach davon, daß man von ihnen, wenn es nötig sei, auch ordentliche Arbeit erzwingen werde. Herrn Dr. Straus warf er vor, daß er Wahltaktik treibe, sich zu „Machinationen" herbeilasse, statt Zahlen und Unterlagen zu geben, demagogische Reden halte. Man habe die Phrasen nun aber gründlich satt. Dr. Straus antwortete wiederum; zum Schlusse bemühte sich Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, eine versöhnliche Stimmung herbeizuführen.

Es erhebt sich die Frage, ob ihm dies gelungen ist, ob es ihm gelingen kann. Und da muß klipp und klar erklärt werden: Nein, solange Dr. Wassermann sich anmaßen kann, im Namen der liberalen Fraktion nicht nur verständnislos und hartherzig, lediglich von fiskalischen Gesichtspunkten aus — dies könnte man seiner Persönlichkeit gerade noch zugute halten —, sondern auch boshaft und in den Vorwürfen gegen die Beamten geradezu brutal gegen die an sich wirklich unpolitische Wohlfahrtsarbeit aufzutreten und diesen wichtigen und wertvollen Teil der gemeindlichen Arbeit herabzusetzen und zu diskreditieren. Seine Anwürfe gegen Dr. Straus richten sich von selbst und brauchen nicht widerlegt zu werden. Wir haben es nicht nötig, Dr. Straus gegen Dr. Wassermann in Schutz zu nehmen. Allerdings hätte man wohl erwarten dürfen, daß wenigstens ein Mitglied der liberalen Fraktion erklären würde, Dr. Wassermann spreche nur für sich selbst. Daß dies nicht geschehen ist, muß immerhin festgestellt werden. Wassermanns Anwürfe aber gegen die Beamten des Wohlfahrtsamtes sollten unbedingt die Gemeindevertretung und den Vorstand veranlassen, gegen solch unangebrachte Chefmanieren Verwahrung einzulegen. Man sollte einer israelitischen Kultusgemeinde nicht nachsagen können, daß sie ihre Beamten so behandeln läßt. Auf die Dauer wird es sich eben als unmöglich herausstellen, mit Dr. Wassermann als Führer der liberalen Fraktion auch nur zu verhandeln. Dabei hätte es diese Fraktion, deren Majorität ja so groß ist, wirklich nicht nötig, ihre Angelegenheiten so unfair und unvornehm führen zu lassen. Unfair im höchsten Maße ist es nämlich, eine Abrechnung mit Scheingründen als falsch zu tadeln, wenn man eigentlich nur ausdrücken will: der ganze Kram paßt mir nicht. Unfair ist es, zu hohe Personalausgaben zu rügen, wenn man sie selbst beschlossen und genehmigt hat; unfair ist es endlich, dem anderen Teil Wahltaktik vorzuwerfen, wo man selbst offenbar auf nichts anderes ausgeht.

Dies aber ist der Kern der Angelegenheit und hier ist auch der Punkt, wo sogar die kämpferische Persönlichkeit Wassermanns hinter der Sache verschwindet, obwohl es schwer genug fällt, sie zu übersehen. Die liberale Fraktion beabsichtigt anscheinend den weitgehenden Abbau des Wohlfahrtsamtes und der gemeindlichen Wohlfahrtspflege als Forderung für den kommenden Wahlkampf aufzustellen. Und weil sie dies beabsichtigt, nur darum konnte — so will es uns bedünken — Wassermann gegen den zaghaften persönlichen Widerpruch eines einzigen Fraktionsangehörigen solche Reden halten. Wenn die Absicht besteht, so wird es auch noch so gut gemeinten Bemühungen kaum gelingen, jetzt die Atmosphäre wieder zu schaffen, die gerade die Wohlfahrtsarbeit zu ihrer gedeihlichen Wirkung dringend braucht. Das Auftreten Wassermanns, des Vorsitzenden der liberalen Fraktion, in der Sitzung vom Montag, den 23., läßt vermuten, daß der Kampf um das Wohlfahrtsamt, um die soziale Arbeit der Gemeinde, von ihm und seinen Freunden zum Mittelpunkt der Auseinandersetzungen vor den nächsten Gemeindewahlen gemacht werden will. Man hätte im Interesse der jüdischen Gesamtheit den Liberalen einen bessere Wahlparole wünschen mögen. Wir unsererseits sind fest davon überzeugt, daß der größte Teil der Münchener Juden besser weiß als der Vorsitzende der liberalen Fraktion und seine ihm Gefolgschaft leistenden Parteigenossen, was zum Zusammenhalt der schwerer als je gefährdeten jüdischen Gemeinschaft notwendig und unerläßlich ist, und was allein die Zukunft der jüdischen Gemeinden verbürgt. Wir sind darum auch fest davon überzeugt, daß in diesem Kampf das Wohlfahrtsamt erhalten bleibt. Weil es nämlich morgen neu gegründet werden müßte — mit allen seinen Abteilungen und Arbeitszweigen, wenn man es heute abbauen wollte. Das würde dann vielen, heute noch Zweifelnden, klar werden. I. E.

Pogromstimmung in Deutschland

Goebbels droht

Berlin, 23. Juni. (JTA.) In der Zeitschrift „Der Angriff" des Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels wird gegen das Uniformverbot, das die preußische Regierung erlassen hat, polemisiert. Der „Kampf Aller gegen Alle" wird als bevorstehend angekündigt. Dann heißt es wörtlich weiter: „Wenn es dabei zu von uns nicht gewünschten und bisher verhinderten Judenpogromen kommen sollte, so hat uns die Regierung selbst die Möglichkeiten geraubt, die Disziplin unserer Anhänger zu gewährleisten."

„Raus mit den Juden aus dem Freibad Wannsee"

Berlin, 24. Juni. (JTA.) Am letzten Sonntag nachmittag versuchte wieder eine Horde von etwa 30 Nationalsozialisten im Freibad Wannsee Ausschreitungen zu begehen. Gegen 3 Uhr nachmittags zogen die Nationalsozialisten mit der verbotenen Hakenkreuzfahne nach dem Freibad und riefen: „Raus mit den Juden aus dem Freibad Wannsee!" Es entstand eine Schlägerei zwischen den Nationalsozialisten und Andersdenkenden, so daß die Polizei einschreiten mußte. Zehn Personen wurden zwangsgestellt. Um weitere Zwischenfälle zu verhindern, hatte die Schutzpolizei starke Polizeikräfte nach dem Freibad beordert.

Die sächsischen Wahlen

Dresden, 22. Juni. (JTA.) Im Freistaat Sachsen haben am gestrigen Sonntag die Landtagswahlen stattgefunden. Das Charakteristikum dieser Wahlen ist eine Verdreifachung der nationalsozialistischen Stimmen und Mandate bei gleichzeitiger starker Verringerung der Deutschnationalen und der volkparteilichen Stimmen. Die Nationalsozialisten haben die Zahl ihrer Mandate von 5 auf 14 erhöht, während die Deutschnationalen von ihren bisherigen acht Mandaten nur fünf, die Deutsche Volkspartei von ihren 13 Mandaten nur acht behalten konnte. Die Sozialdemokraten haben von früher 33 Mandaten 32 behaupten können, Wirtschaftspartei, Demokraten und Aufwertler haben je ein Mandat verloren. Die neu in den Wahlkampf getretenen Volksnationalen (von den Jungdeutschen gestützte Gruppe) hat zwei Mandate errungen.

Es war der Plan der Nationalsozialisten, auf die neue Regierung in Sachsen einen solchen entscheidenden Einfluß wie in Thüringen zu gewinnen, so daß Sachsen und Thüringen einen Keil zwischen Preußen und Bayern bilden, damit von hier aus an die Eroberung der zwei größten deutschen Länder geschritten werden könne.

Der Wahlausfall ist in dieser Beziehung nicht eindeutig; es ist immerhin möglich, daß auch in Sachsen eine Regierung nur unter Beteiligung der Nationalsozialisten gebildet werden kann, in der diese dann zweifellos das Innenministerium forderte — und auch erhalten würden. Was man aber von einem sächsischen nationalsozialistischen Innenminister zu erwarten hätte — Frick läßt es nur ahnen.

Hitlers Pläne

Berlin, 24. Juni. (JTA.) Das nationalsozialistische Hauptorgan, der „Völkische Beobachter", erklärt zum Ereignis der Landtagswahlen in Sachsen: „Die beherrschende Stellung der Nationalsozialisten sei unbestritten. Die bürgerlichen Parteien seien gezwungen, mit den Nationalsozialisten zusammen die Regierung zu bilden. Es sei selbstverständlich, daß aus dieser Konstellation für die Regierungszusammensetzung die Folgerungen gezogen werden müßten. Die Nationalsozialistische Partei werde die Führung der Regierung und vor allem das Innenministerium beanspruchen. Sachsen sei das zweite Land, das jetzt nach Thüringen unter nationalsozialistischen Einfluß komme. Die mitteldeutsche Barriere sei im Aufbau begriffen. Von dieser Grundtendenz aus werde über kurz oder lang der Vormarsch angetreten und die Eroberung des Reiches verwirklicht werden. Nun sei Bayern an der Reihe."

Rascher Überblick

Unter diesem Titel lesen wir in der Prager „Selbstwehr":

In der Entwicklung der politischen Lage im Zionismus ist gegenwärtig eine Atempause eingetreten. Man wartet auf Ergebnisse von Tagungen

und Untersuchungen. Die Mandatskommission hat ihre Beratungen beendet. Was in die Öffentlichkeit gedrungen ist, haben wir berichtet. Es war nicht viel. Shiels hat eine Rede gehalten, welche auf die Zionisten beruhigend wirken sollte; es wurde gefragt, die englischen Vertreter haben geantwortet. Nun wartet man auf den Bericht der Kommission, der nicht nur ein Bericht, sondern auch ein Urteil sein soll. Es werden wohl einige Wochen vergehen, bis er vorliegen wird.

Unterdessen schreiten die Untersuchungen Sir John Simpsons in Palästina fort. Simpson verhört, prüft, reist. Er hat Kolonien und Industrieunternehmungen besichtigt. Von zionistischer Seite wurde das nötige Material übergeben. Wie es heißt, ist dieses Material äußerst gründlich ausgearbeitet und zeigt von neuem die großen Möglichkeiten Palästinas für jüdische Einwanderung und Kolonisation. Der Bericht Simpsons wird schwerlich vor zwei Monaten fertig sein.

Auf die englische Regierung hat die große Protestwelle in der jüdischen Welt etwas ernüchternd gewirkt. Man scheint sogar etwas überrascht gewesen zu sein. Ob diese Protestbewegung mehr als diese Überraschung und mehr als eine weitere Verlangsamung der englischen Regierungsmaschine zur Folge haben wird, ist noch zweifelhaft. Jedenfalls ist bis jetzt die Suspendierung belassen und nicht zurückgezogen worden. Anderseits ist der angekündigte Bodensperre-Erlaß noch nicht ausgegeben worden, das bedeutet aber nicht, daß man den Plan hat fallen lassen. Man ist nur, wie es scheint, noch unsicherer geworden. Und das ist ja ein gewisser Erfolg; denn es hat sich als ein Fehler herausgestellt, daß man unser etwas zu sicher war. Zum Teile freilich ist diese Unsicherheit der englischen Regierung auf ihre schwindende Kraft zurückzuführen; der Premier MacDonald ist nach allem, was man hört, schwankend; der tatsächlich gegen uns wirkende Mann scheint Lord Paßfield zu sein. Daß er als selbständiger Kolonialminister bestätigt worden ist, verbessert unsere Situation gewiß nicht, sie dürfte sich aber auch jetzt nicht mehr wesentlich verschlechtern.

Im Mittelpunkt des innerzionistischen Interesses steht die Frage des Kongresses. Sie ist noch keineswegs entschieden; die politische Kommission der Jewish Agency, welche am 23. Juni in London zusammentritt, soll den endgültigen Beschluß fassen. Heute ist es noch fraglich, ob überhaupt ein Kongreß stattfinden wird; und wenn ja, ob ein ordentlicher (mit Neuwahlen) oder ein außerordentlicher (mit den Delegierten des letzten Kongresses); und wenn ein ordentlicher, ob Anfang September oder Ende Oktober. Die Zeit dazwischen kommt wegen der Feiertage nicht in Betracht. Gewichtige Faktoren haben sich gegen den Kongreß ausgesprochen; vor allem die zionistische Organisation Amerikas, welche energisch dagegen protestiert, weiters die Keren-Hajessod-Direktion in Palästina, auch die Palästinaexekutive wünscht den Kongreß zu einem viel späteren Zeitpunkt. Eine Schwierigkeit ist auch das Problem der Jewish Agency. Der Präsident des Administrativkomitees, Felix Warburg, welcher das Council einberufen mußte, ist gegen diese Einberufung. Es müßte also das Administrativkomitee die Beschlüsse des Kongresses für die Jewish Agency durchführen; denn die Kongreßbeschlüsse müssen ja erst zu Beschlüssen der Jewih Agency gemacht werden, um der Mandatsmacht übergeben werden zu können. Trotz aller dieser Schwierigkeiten ist die Exekutive für den Kongreß und erläßt an die A.-C.-Mitglieder die Fragebogen zur Bestimmung der Details. Die Exekutive ist für den Kongreß, weil sie den überwiegenden Kongreßwillen der Organisation zu verspüren meint; nicht nur die Revisionisten, auch die Misrachi und große Landsmannschaften (Polen, Ostgalizien, England, Österreich) verlangen den Kongreß. Im allgemeinen ist die Situation so, daß jene Teile der Organisation, welche für die zionistische Arbeit verantwortlich sind, g e g e n, jene aber, welche mehr politisch und gar fraktionspolitisch eingestellt sind, f ü r den ordentlichen Kongreß sind. Auch die zionistischen Massen scheinen für den Kongreß zu sein. Er ist nun einmal das große Mittel der Reaktion der Bewegung auf politische Spannungen und Erschütterungen. Aber man darf nicht vergessen, daß er m e h r sein muß als bloße R e a k t i o n; er muß auch A k t i o n sein, d. h. positive politische Tat mit aufbauender Wirkung nach außen und nach innen. Ob er dies wird sein können, in welchem Maße, mit welchen Hoffnungen, und wann und wo er dies wird am besten sein können, dies alles wird nun die politische Kommission der Jewish Agency zu erwägen haben, um einen richtigen und ersprießlichen Beschluß fassen zu können.

F.W.

N e u y o r k, 17. Juni. (JTA.) Herr Felix M. Warburg, der Vorsitzende des Administrativkomitees, hat die Mitglieder des Administrativkomitees zu einer Tagung für den 29. August nach Berlin eingeladen.

Annahme des Palästinaberichtes durch die Mandatskommission

Veröffentlichung Ende Juli 1930

Verlangen nach energischerer Durchführung des Mandates

G e n f, 22. Juni. (JTA.) Die Mandatskommission des Völkerbundes, die ihre bereits begonnene ordentliche Session unterbrochen hat, um den von ihrer Redaktionskommission hergestellten Text des Palästinaberichtes an den Völkerbundsrat zu prüfen, hat am Sonnabend, dem 21. Juni, diese Prüfung beendet und den von van Rees, Rappard, Orts und Merlin abgefaßten Berichtsentwurf mit nur geringen Änderungen angenommen. Wie der JTA.-Vertreter erfährt, erfolgte diese Annahme einstimmig, woraus zu schließen ist, daß die dem Zionismus freundlicher gesinnten Mitglieder der Kommission und diejenigen, die dem Zionismus kritischer gegenüberstehen, sich gegenseitig Konzessionen machten. Der Bericht nimmt Stellung zu den Ereignissen des August 1929, zu dem von der Mandatarmacht unterbreiteten Bericht über die Verwaltung Palästinas im Jahre 1929 und schließlich zu den zahlreichen Petitionen, die von Juden wie von Arabern eingegangen waren.

Wie der JTA.-Vertreter erklärt, kritisiert die Mandatskommission in ihrem Berichte die Haltung der Palästina-Administration und der Mandatarmacht während der Unruhen des Vorjahres und verlangt für die Zukunft eine energischere Durchführung des Mandates seitens der Mandatarmacht.

Gemäß der hier geübten Prozedur wird der angenommene Bericht jetzt noch nicht veröffentlicht werden. Er wird zuerst der britischen Regierung zugestellt, die berechtigt ist, ihre Bemerkungen demselben anzufügen. Der Bericht wird dann zusammen mit dem Protokoll der gegenwärtigen Session der Mandatskommission gedruckt der Öffentlichkeit übergeben werden; dies wird, wie man glaubt, Ende Juli der Fall sein.

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von S i e g f r i e d S c h m i t z

19. Fortsetzung

„Was weiter?“ fragte Mordechai kühl.

„Was weiter?“ Der Kommissär verlor die Herrschaft über sich. „Eine Sense, Panowie, kann kein Gewehr ersetzen! Überdies will der Bauer nicht mittun und tut nicht mit! Und es ist ein frevelhaftes Spiel! Ein paar Hitzköpfe, die an die Stelle Wielopolskis treten wollen, haben das Feuer angefacht; was schert es die, wenn Polens beste Jugend abgeschlachtet wird wie das liebe Vieh? Ihr müßt nämlich wissen, gegen jeden Polen mit einer Sense kann der Russe zwanzig, dreißig Mann mit guten Gewehren einsetzen! Ich sage Euch, schade um Euer junges Leben! Folget dem Rate eines guten Polen — kehret zurück zu Eurem Studium ... Ihr kommet doch von Belgien oder von Frankreich ... Eure Studien werden Polen mehr Nutzen bringen als Euer Blut, das Ihr zwecklos vergießen wollt ... Nicht durch das Schwert wird Polen erlöst werden, sondern durch Gottes Wort ... und ihr, die Jugend, welche an den Hochschulen studiert, sollt die Erlösung bringen ...“

Wirzbicki konnte nicht an sich halten. Mund und Lippen verzogen sich wie bei einem Kind, das weinen will, und er brach los:

„Entschuldigen Sie, Herr Kommissär, wir sind nicht hergekommen, um Ihre Moralpredigten anzuhören! Geben Sie uns gefälligst unsere Pässe, wir wollen weiterfahren!“

Der Kommissär sprang auf, wich einige Schritte zurück, als wollte er einem drohenden Schlage ausweichen, und griff nervös nach einer kleinen Glocke, die auf dem Tische stand. Aus einer Seitentür trat ein Beamter. Der Kommissär, der sich jetzt sicher fühlte, setzte sich wieder an seinen Schreibtisch und fuhr in deutscher Sprache zornig los:

„In diesem Falle dürfen Sie nicht weiterreisen! Ihr Paß hat kein Visum! Sie werden zurückfahren! So eine Frechheit!“

Er schleuderte Wirzbickis Paß auf den Tisch, griff nach dem Mordechais und fragte, ohne aufzublicken:

„Sie haben auch kein Visum?“

„Nein!“

„Welcher Konfession? Jude?“

„Jude.“

Schweigend setzte der Kommissär seine Unterschrift unter Mordechais Paß und schob ihn achtlos zur Seite. Der Paß fiel zu Boden. Der Kommissär entschuldigte sich und verschwand im Nebenzimmer.

Als sie gingen, bebte Wirzbicki vor Wut:

„So ein näselndes Subjekt! Erschießen möcht' ich so einen Polen wie einen Hund! Ist nicht der einzige Wasenmeister in Polen! Da siehst du, sie sitzen in allen Grenzorten! Was ist nun zu tun, Alter?

„Warum jammerst du?“ Mordechai lächelte. „Er ist doch ein braver Pole!“

„Was?“ Wirzbicki riß die Augen auf.

„Polnisches Blut ist ihm zu teuer, darum hat er dir den Paß nicht unterschrieben. Jüdisches Blut darf vergossen werden, deshalb war er so gnädig, meinen Paß zu unterschreiben!“

„Erschießen sollte man ihn!“ In Wirzbicki kochte es noch immer. „Höre, Alter, es wird wohl das beste sein, du fährst nach Krakau, und ich fahre eine Station zurück und von dort flugs über die Grenze.

„Nein, Juschko, ohne dich fahre ich nicht. In etwa zwanzig Minuten geht ein Zug nach Preußen, mit dem fahren wir zusammen eine Station zurück, und dort wollen wir sehen, was sich tun läßt.“

Der jungfräuliche Schnee blinkte schmeichelnd, geradezu einladend von den Gärtchen, die rings um den Bahnhof lagen. Ein Mädchen mit frostgeröteten Wangen ging vorüber und warf den beiden Jünglingen einen kurzen Seitenblick zu. Sie vergaßen, daß sie sich in einer unangenehmen Lage befanden, und gingen mit leichten, lebhaften Schritten den Bahnhof entlang, Wirzbicki summte einen Gassenhauer.

Auf den Gleisen rollte fauchend und pfeifend eine Lokomotive hin und her und stieß riesige Rauchwolken in die Luft, die eine Zeitlang übereinander hängen blieben und sich dann in Spiralen immer niedriger senkten, bis sie vom Schnee verschluckt wurden, auf dem sie schwarze Pünktchen hinterließen.

Jenseits der Gleise tauchten Schmuggler

auf, die riesige Bündel mit Waren trugen. Auf dem freien Platz neben den Gleisen machten sie halt, warfen die Bündel in den Schnee und setzten sich darauf. Einer zog aus dem Stiefelschaft eine große Flasche, tat einen kräftigen Schluck, fuhr mit der flachen Hand über den Flaschenmund und ließ die „Mutter“ im Kreise weitergehen.

Händler kamen, dicke Zigarren im Munde. Die Schmuggler begannen kauend die Bündel aufzupacken. Juden, Christen, Männer, Frauen kamen von allen Seiten. Sie ergriffen, was ihnen in die Hand kam, einer entriß dem anderen die Stücke.

Die Schmuggler und ihre Gehilfen, die keine Zeit fanden, zu notieren, was jeder nahm, drängten die Menge von den Bündeln und schlugen mit Schals und Kleidern um sich. Doch es nützte nichts; sie stürzte sich wieder auf die Bündel, und schrie:

„Mir noch einen Schal!“

„Ich nehme das Stück Seide!“

„Nein, ich!“

„Schau, daß du weiterkommst, Hexe, sonst schlage ich dir den Schädel ein!“

„Eher werden dir die Hände abfallen, krätziges Biest!“

Ein Bündel flog durch die Luft. Unzählige Hände griffen danach; das Bündel löste sich im Fluge; Leibchen, Hemden, Strümpfe fielen in den Schnee. Die Leute krochen auf allen Vieren, um die Stücke zu erhaschen, und stürmten auf die Händler ein, die lächelnd dabeistanden. Mordechai kam das Bild des reichen Gutsbesitzers in den Sinn, der an Markttagen auf den Hauptplatz kommt und Geldmünzen in die Menge schleudert, um die diese sich zu Füßen des lächelnden Gutsherrn balgt.

Wirre Rufe gellten durch den stillen Morgen.

„Ihr habt vier Schals genommen, nicht drei!“ fuhr einer der Besitzer, ein Chassidim in mittleren Jahren, auf eine forsche, junge Frau los, die solche Mengen Ware um ihren Leib wikkelte, daß man sie kaum noch erkennen konnte.

„Wir beide sollen so leben, Reb Mojsche Leib, wie es drei Schals waren, drei, so wie ich drei Kinderchen habe, um die ich zittere! Was meint Ihr von mir?“ Mit der Rechten suchte sie Reb Mojsche festzuhalten, der immer wieder zurückwich, und die Linke streckte sie nach den Leuten aus, wie um sie als Zeugen herbeizurufen:

„Vier, vier, vier!“ wiederholte Mojsche Leib eigensinnig und steckte die Finger in die Ohren, um die Einwände der Frau nicht hören zu müssen.

„Ihr haltet mich nicht für glaubwürdig?“

„Nein!“

„Nun denn nicht!“

„So lege endlich die Schals weg! Hörst du? Wenn ich um einen Schals komme, ist der ganze Gewinn zum Teufel!“

„Und ich mit meinen drei Schwälbchen habe kein Recht zu leben!“ Die Frau faßte Mojche Leibs Hand. „Ich schwöre Euch, Reb Mojsche, ich habe nichts genommen!“

„Wo ist also der Schal hingekommen?“

„Wenn Ihr mir nicht glaubt, suchet bei mir!“

„Das werde ich auch tun!“

„Bitte, bitte!“ hurtig strich sie ihren Rock zurecht und lüpfte ihn ein wenig. „Suchet nur, Reb Mojsche, suchet!“

Reb Mojsche verzog den Mund, als hätte er eine bittere Pille geschluckt, schloß halb die Augen und winkte mit der Hand:

„Geht, geht! Das hat ja keine Scham im Leibe!“

„Dann saget nicht, daß ich vier Schals genommen habe!“

„ Nein, Ihr habt sie nicht genommen ... ich, ich, Mojsche Leib, habe sie genommen! Seid Ihr's zufrieden?“

Ein Polizist kam herbei, begrüßte die Händler mit Scherzworten, gab Ratschläge und sagte einem Mädchen etwas ins Ohr; die in der Nähe standen hörten es und bogen sich vor Lachen.

Wirzbicki, der die ganze Zeit regungslos den Schmugglern zugeschaut hatte, spuckte plötzlich in weitem Bogen aus, als müßte er etwas Ekelerregendes abschütteln. Mordechai war gekränkt, obwohl unter den Schmugglern mehr Christen als Juden waren. Er bemerkte auch den langen Kasriel unter ihnen und wollte Wirzbicki erzählen, daß die jüdischen Schmuggler, die jetzt wie Hunde auf allen Vieren krochen, bei Nacht im Eisenbahnwaggon ihr Werktagswesen abgeworfen und, geradezu rein geworden, einander chassidische Geschichten erzählt hatten. Doch Mordechai sah ein, Wirzbicki würde das nie verstehen; das jüdische Wesen war ihm zu fremd.

Die Ware war verteilt, und die Käufer rechneten mit den Schmugglern ab. Ein Grenzsoldat kam herbei, zählte die Personen, welche Schmugglerware mitführten, und schnalzte mit der Zunge zum Zeichen, daß alles in Ordnung sei. Die Schmuggler stellten sich gruppenweise auf.

„Kann's losgehen?“ fragte einer, der das Kommando zum Aufbruch nicht gehört hatte.

„Wer soll das wissen, wenn die da gröhlt wie ein Schwein“, antwortet ein anderer, auf die noch immer fauchende Lokomotive deutend.

Fortsetzung folgt.

Der Völkerbundsrat wird sich mit dem Palästinabericht erst in seiner Septembersession befassen. Es wird in Völkerbundskreisen angenommen, daß bis September auch der Bericht der gegenwärtig in Palästina weilenden Klagemauerkommission beendet sein und dem Völkerbundsrate gleichzeitig mit der von der Klagemauerkommission getroffenen Entscheidung über die Rechte der Juden und der Araber an der Klagemauer vorliegen wird.

Mit der Annahme des Palästinaberichtes ist die außerordentliche Session der Mandatskommission definitiv beendet, die Kommission wendet sich nun der Erledigung des Programmes ihrer ordentlichen Session zu.

Die Klagemauerkommission in Jerusalem

Einheitliches jüdisches Vorgehen — Die Araber halten sich fern

J e r u s a l e m, 20. Juni. (JTA.) Die aus den Herren Eliel Loefgren, Charles Barde und van Kempen bestehende Klagemauerkommission weilt bereits in Jerusalem. Sie wurde auf dem Bahnhof von dem Vorsitzenden der Zionistischen Exekutive Palästinas Colonel Frederik Kisch im Namen der Jewish Agency for Palestine, von Rabbi Uziel im Namen des Rabbinats, sowie von Dr. David Yellin, Eliash und Blau, die die jüdische Sache vor der Kommission offiziell vertreten werden, begrüßt. Araber waren bei Ankunft der Kommission auf dem Bahnhof nicht anwesend.

Die Juden werden vor der Kommission einheitlich vertreten sein. Es besteht ein Kontakt mit dem vom französischen Oberrabbiner Israel Levi geleiteten Europäischen Rabbinischen Verband. Die Rabbinischen Räte in der ganzen Welt wurden ersucht, sich vor der Kommission vertreten zu lassen. Dr. David Yellin wird, wie schon mitgeteilt, die jüdische Gemeinschaft Palästinas (Knesseth Israel), Herr Blau die Agudas Jisroel vertreten. Herr Eliash wird das jüdische Beweismaterial präsentieren. Dr. Magnes, der an Stelle des erkrankten Dr. Cyrus Adler das jüdische Beweismaterial hätte präsentieren sollen, wird vor der Kommission nicht erscheinen, da sich der Waad Leumi kategorisch gegen die Betrauung von Magnes erklärt hat.

Die erste Sitzung der Kommission, zu der schon arabische und jüdische Vertreter zugelassen werden, wird am Montag, dem 23. Juni, stattfinden und vertraulich sein. Als Sekretär der Kommission fungiert Herr Sachlan vom schwedischen diplomatischen Dienst. Die Presse wird zu den öffentlichen Sitzungen zugelassen werden, aber der Umfang der öffentlichen Verhandlung ist noch nicht festgesetzt. Ähnlich wie bei der Shawkommission werden je ein Vertreter der arabischen, der jüdischen, der englischen und der ausländischen Presse zugelassen werden.

Die Klagemauerkommission besucht die Klagemauer

J e r u s a l e m, 22. Juni. (JTA.) Die internationale Klagemauerkommission besuchte am Sonnabend, dem 21. Juni, morgens, während die Passage vor der Mauer von Juden aller Schichten, die sich zur Sabbatandacht versammelt hatten, gefüllt war, in Begleitung des Jerusalemer Gouverneurs Major Keith-Roach und des Herrn Edwin Samuel das Klagemauergebiet. Die Mitglieder der Kommission studierten sorgfältig die Zugänge zur Mauer und besichtigten die an die Klagemauerpassage angrenzende Residenz des Großmufti. Die Moslemiten hatten vorher Gebetsteppiche über der Mauer ausgebreitet und zum moslemitischen Ritual gehörende Lampen angebracht. Auch hielten sie während der Anwesenheit der Klagemauerkommission in der „Zahwieh“ (der bisher unbenutzten Kapelle links des Hauptzugangs zur Mauer) einen Gottesdienst ab.

Vandalenakt an der Klagemauer

J e r u s a l e m, 17. Juni. (JTA.) Unbekannte Täter begingen zu nächtlicher Stunde Vandalenakte an der Klagemauer zu Jerusalem. An 24 Stellen wurden jüdische Inschriften auf Monolithen und Steinen der Klagemauer verwischt und weggemeißelt. Die Polizei leitete eine Untersuchung ein. Es steht nicht fest, ob es sich um einen gewöhnlichen Akt von Vandalismus seitens der Araber oder um den Versuch handelt, generationenalte jüdische Symbole vor Ankunft der Klagemauerkommission zu entfernen.

Die Meldung ausländischer Zeitungen, daß diese vandalischen Akte als Racheakte für die Hinrichtungen anzusehen sind, trifft nicht zu, da diese Akte noch vor den Hinrichtungen geschehen sind.

Wie die Moslems auf die Klagemauerkommission Eindruck zu machen suchen

J e r u s a l e m, 22. Juni. (JTA.) Nachdem vor Ankunft der Klagemauerkommission in Jerusalem jahrhundertealte jüdische Symbole und Inschriften zu nächtlicher Stunde von Arabern weggemeißelt wurden, versuchen die Araber nunmehr auf die bereits eingetroffene Kommission dadurch Eindruck zu machen, daß sie die der Omar-Moschee zugewendeten Seite der Klagemauer mit Teppichen und Weihelichtern drappieren, um der Klagemauer das Aussehen eines moslemitischen Heiligtums zu geben. Es geschah dies auf Anordnung des Obersten Moslemitischen Rates, der durch diese Ausschmückung der Mauerspitze die Heiligkeit der Klagemauer innerhalb der moslemitischen Welt gegenüber den Mitgliedern der Klagemauerkommission demonstrieren will.

Der Großmufti von Jerusalem hat sich an die Azhar-Universität in Kairo mit dem Ersuchen gewandt, in den alten Dokumenten der Moslems nach Hinweisen auf die Heiligkeit der Klagemauer für den Moslem zu suchen. Der Inspektor der moslemitischen Schule in Palästina, Isak Darwisch, wurde nach Damaskus entsandt, um die dortigen Archive nach Hinweisen auf die Klagemauer zu durchforschen.

J e r u s a l e m, 20. Juni. (JTA.) Der Sekretär des indischen moslemitischen Rates teilte der Arabischen Exekutive in Jerusalem telegraphisch mit, daß der Rat eine Anzahl Delegierter aus Indien zu den Sitzungen der internationalen Klagemauerkommission nach Jerusalem entsenden wird, die die Wünsche der 70 Millionen Moslems in Indien aussprechen werden; die Klagemauerfrage bewege die Gemüter der gesamten Islamwelt.

Steuart Davis zukünftiger Chefsekretär der Palästinaregierung

J e r u s a l e m, 23. Juni. (JTA.) Der Schatzsekretär der Palästinaregierung Steuart Davis ist von seinem Urlaub nach Jerusalem zurückgekehrt und wird den High Commissioner während dessen Abwesenheit von Palästina vertreten. Steuart Davis wird als der Nachfolger Lukes im Amte des Chefsekretärs der Regierung genannt.

Aus der jüdischen Welt

Abg. Dr. Ludwig Singer Präsident der Jüdischen Gemeinde Prag

Prag, 20. Juni. (JTA.) Zum Präsidenten der Jüdischen Gemeinde wurde in der letzten Sitzung der Repräsentanz mit den Stimmen aller Parteien mit Ausnahme der Tschechojuden der jüdische Parlamentsabgeordnete Dr. Ludwig Singer gewählt. Zum Präsidenten-Stellvertreter wurde das tschechoslowakische Mitglied im Council der Jewish Agency Dr. Joseph Popper, der Vorsitzende der Großloge Bnei Brith für die CSR, zum zweiten Vizevorsitzenden Dr. Emil Kafka gewählt. Für die Tschechojuden, die den bisherigen Präsidenten Dr. August Stein kandidiert hatten, gab Dr. Maximilian Reiner die Erklärung ab, die Partei könne sich an den Wahlen nicht beteiligen, da die Leitung der Jüdischen Gemeinde Prag mit Rücksicht auf den tschechischen Charakter der Stadt Prag und im Interesse des tschechoslowakischen Judentums einem bewußten Tschechen anvertraut werden müsse. Die „Selbstwehr" schreibt: „ Zum erstenmal übernimmt ein Zionist, ein verdienter und führender Zionist, die Führung der ehrwürdigen Gemeinde Prag. Seine Wahl bedeutet keineswegs eine Eroberung der Kultusgemeinde durch die Zionisten. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß nur eine zionistische Majorität in der Repräsentanz einen solchen Sieg bedeuten würde, nicht aber die Wahl eines Zionisten zum Präsidenten, die auf Grund des Vertrauens der anderen Parteien erfolgte. Die Wahl Dr. Singers ist aber der Sieg einer in erster Reihe jüdisch eingestellten Majorität. Die Repräsentanten jener Parteien, welche ihn gewählt haben, verfolgen keine andere Politik als die, das materielle, soziale und kulturelle Wohl des Prager Judentums zu fördern, aber es sind durchwegs Parteien, deren politischer Blick über das Prager Judentum hinausreicht und welche in ihrer politischen Einstellung nie das Weltjudentum vergessen."

Warum Lettland keinen jüdischen Minister bekommen hat? — Schwere Vorwürfe gegen die Agudah

Riga, 23. Juni. (JTA.) Im lettländischen Sejm wurde während der letzten Sitzung bekannt, daß der Ministerpräsident dem Sejmpräsidium mitgeteilt hat, er habe dem Deputierten Rabbiner M. Nurok ein Ministerium ohne Portefeuille angeboten. Gleich darauf begannen einige rechtsgerichtete Deputierte Unterschriften gegen die Berufung Nuroks zu sammeln, woran sich auch der agudistische Deputierte Rabbiner Dubin beteiligt haben soll. Daraufhin bat Rabbi Nurok den Premierminister, seine Mitteilung an das Sejmpräsidium zurückzuziehen.

Gegenüber dem JTA-Vertreter erklärte Rabbi Nurok folgendes: Seit Bestehen der jetzigen lettländischen Regierung führte der Premierminister mit meiner Fraktion (der nationalen Minderheiten) Verhandlungen wegen ihres Eintritts in die Regierungskoalition. Ende 1929 haben die Verhandlungen eine reale Form angenommen. Ich teilte dem Premierminister mit, daß meine Gruppe nur dann in die Regierungskoalition einzutreten gedenke, wenn man ihr eine Vertretung in der Regierung überläßt. Als die Verhandlungen bereits im positiven Sinne abgeschlossen waren, hat der Ministerpräsident mir plötzlich erklärt, daß der Agudah-Deputierte Rabbiner Dubin sich entschieden gegen den Eintritt eines Misrachisten in die Regierung erklärt und für den Fall meiner Berufung seinen Austritt aus der Koalition angekündigt hat. Trotzdem wurden die Verhandlungen fortgeführt und es wurde eine Übereinstimmung nach der Richtung erzielt, daß ich ein Ministerium ohne Portefeuille übernehmen sollte. Als dies bekannt geworden war, leitete der Deputierte Dubin eine Propaganda unter den extrem rechten Deputierten gegen meine Berufung ein. Es ist nicht meine Aufgabe, diese Handlungsweise des Agudah-Deputierten zu kennzeichnen, ich kann nur das eine sagen, daß die Berufung eines Juden als der Vertreter der nationalen Minderheiten in das Kabinett eine große Errungenschaft für das Judentum auch nach außen hin bedeutet hätte. In gewissen ernsten Fragen hätte sich dies als eine gesunde Demonstration und ein günstiger Präzedenzfall ausgewirkt. Daraus ist nun nichts geworden; es ist eben durch „fromme jüdische Hände" verhindert worden. Der lettländische Ministerpräsident hat sich dahin ausgesprochen, daß die Frage der Berufung eines Juden als Minister in das Kabinett im Herbst dieses Jahres wieder auf die Tagesordnung gestellt werden wird.

Abraham Podliszewski gestorben

Warschau, 18. Juni. (JTA.) Im Alter von 68 Jahren verstarb am 18. Juni in Warschau der bekannte Führer des polnischen Zionismus Abraham Podliszewski. Der zionistischen Bewegung seit seiner Jugend angehörend, wohnte er mehreren Kongressen als Delegierter bei und gehörte früher dem großen A. C. an. Er war Vizepräsident der Zionistischen Organisation Kongreßpolens, Leiter des polnischen Keren Hajessod und Förderer des Keren Kajemeth. Zuletzt war er auch Präsident des polnischen Hias. Mit Nahum Sokolow verband ihn noch aus der Zeit des Erscheinens der Tageszeitung „Hazefirah" intime Freundschaft.

Neue antisemitische Exzesse in Bielce. — Ein Toter, mehrere Verletzte

Bukarest, 19. Juni. (JTA.) Die Jassyer Zeitung „Opinia" berichtet, daß es in Bielce zu erneuten schweren antisemitischen Exzessen gekommen ist. Die Cuzisten fielen mit Dolchen bewaffnet über die Juden her und fügten mehreren Juden schwere Stichverletzungen zu. Der junge Jude Landau erhielt mehrere Dolchstiche, denen er in der Nacht erlag, ein anderer junger Jude, Benzion Chawis, liegt mit schweren Kopfverletzungen im Hospital, während mehrere andere Juden schwerverletzt in ihren Häusern darniederliegen. In der Stadt herrscht große Erregung. Die Polizei hat eine Untersuchung zur Feststellung der Schuldigen eingeleitet.

Die Palästina-Frage im Kongreß der Vereinigten Staaten

Kongreßmitglied Hamilton Fish fordert eine Intervention der Vereinigten Staaten bei England für Durchführung des Mandates

Washington, 19. Juni. Die Frage der Suspendierung der Einwanderungszertifikate für Palästina-Einwanderer ist nun auch im Kongreß der Vereinigten Staaten zur Sprache gekommen. Das Kongreßmitglied Hamilton Fish tadelte die englische Regierung wegen der Suspendierungsmaßnahme, die er als Widerspruch zum Mandat stehend bezeichnete, und forderte die amerikanische Regierung auf, die Notwendigkeit zu erwägen, bei der Regierung Großbritanniens wegen der Suspendierung der Einwanderung Vorstellungen zu erheben und diese Regierung anzufragen, ob sie die mit Mandat übernommenen Verpflichtungen betreffend Aufbau des jüdischen Nationalheims auch zu erfüllen willens sei.

Amerikanische Hadassah für Annahme der Bedingungen von Brandeis

Neuyork, 17. Juni. (JTA.) Das Nationalkomitee der zionistischen Frauenorganisation Hadassah in Amerika unterstützt in einer Resolution die vom Oberrichter Louis D. Brandeis in einem Memorandum gestellten Bedingungen betreffend eine völlige Reorganisation der Zionistischen Organisation Amerikas als Voraussetzung für den Wiedereintritt der Brandeisgruppe in die zionistische Bewegung. In der Resolution der Hadassah wird erklärt, daß die wirkliche Mobilisierung der zionistischen Kräfte nur unter einer Führerschaft erreicht werden kann, die das Vertrauen und die Achtung aller Zionisten innerhalb und außerhalb der Organisation genießt; der im Brandeismemorandum niedergelegte Plan gibt die Möglichkeit zur Gewinnung einer solchen Führerschaft, sofern die amerikanischen Zionisten dies wollen.

Personalia

München

Herr Dr. Ernst Wilmersdoerffer, Vorsitzender der Gemeindevertretung der Israelitischen Kultusgemeinde und u. a. auch Vorsitzender des vor kurzer Zeit begründeten Ortskomitees München-Augsburg der Jewish Agency, wurde durch den Tod seiner Gattin Martha in tiefste Trauer versetzt. Weiteste Kreise der Gemeinde nehmen herzlichen Anteil an seinem Verlust, insbesondere auch die Mitglieder des Agency-Komitees.

Nürnberg

Am 7. Juni verschied in Badenweiler, wohin er sich zum Kuraufenthalt begeben hatte, nach längerer Krankheit, eines der ältesten Mitglieder unserer Ortsgruppe, Herr Albert Ellern. Der Verewigte gehörte zu den tätigsten und treuesten Besuchern unserer Veranstaltungen; sein Heimgang wird deshalb von allen Mitgliedern unserer Ortsgruppe besonders schwer empfunden werden. Seiner Gattin und seinen Kindern, die sämtlich Zionisten sind, wendet sich das allgemeine Beileid unserer Freunde zu.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Ausstellung jüdischer Kultgeräte

Die vom Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden und von der Israelitischen Kultusgemeinde München anläßlich der diesjährigen Tagung veranstaltete, von Herrn Theo Harburger arrangierte Ausstellung jüdischer Kultgeräte im Saale der Gesellschaft „Concordia", Prannerstraße 4, wurde am Dienstag, dem 24. Juni, von Herrn Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer mit einer Ansprache eröffnet, in der er den Vertreter des Staatsministeriums für Unterricht und

Kultus, die Leiter der staatlichen und städtischen Galerien, des Landesamts für Denkmalspflege und die anderen Gäste herzlich begrüßte und das Wesen dieser jüdischen Kunst charakterisierte. Danach gab Herr Harburger eine kurze Übersicht über die etwa 160 Gegenstände umfassende Ausstellung, die in zwei Abteilungen synagogale Eintungen und Geräte zu häuslichen Feiern enthält. Die Objekte stammen im wesentlichen aus dem 17. bis 19. Jahrhundert, von den früheren Schöpfungen dieser jüdischen Kunst ist wenig erhalten geblieben und was nach dieser Zeit geschaffen wurde, entspricht meist nicht mehr den Anforderungen künstlerischen Geschmacks; die nahezu fabrikmäßige Herstellung hat auch hier ungünstige Einflüsse gehabt.

Die Ausstellung beschränkt sich nicht auf Gegenstände bayerischer Herkunft; sie zieht zum Vergleich auch internationale Stücke fremden, vornehmlich italienischen Ursprungs heran, soweit sie sich in bayerischem Besitz befinden; auch sind viele Stücke, besonders die Geräte aus Edelmetall, nicht von jüdischen Urhebern, da ja Juden nicht Mitglieder der Gold- und Silberschmiedezünfte werden konnten.

Das interessanteste und auffallendste Stück der Ausstellung ist zweifellos der Thoraschrein aus der ehemaligen Synagoge von Colmberg (Ufr.), der von Elieser Sussmann bemalt wurde, dem Künstler, der auch die bekannten Synagogen von Bechhofen und Kirchheim (jetzt im Luitpoldmuseum in Würzburg) in den Jahren 1732—40 ausgemalt hat. Ein anderer Thoraschrein aus Geroda (Ufr.) zeigt eine Bauernschreinerarbeit mit merkwürdiger Verarbeitung der kultischen Embleme. Thoraschmuck in vielen schönen, teilweise prachtvollen Exemplaren, Wimpeln, Standleuchter, Kohanim-Waschgerät, Memorbücher vervollständigen das Bild synagogaler Einrichtung; an Geräten zu häuslichen Feiern finden wir schöne Kiddusch-Becher (besonders hervorzuheben der 34 cm hohe Chewrah Kadischa zu Schwabach), eine Reihe von anderen Bechern, Sabbathänge- und Tischleuchter, Gewürzbüchsen in vielfältiger reizvoller Form, Habdalah-Kerzenhalter, Gebetbücher in silberbeschlagenen Einbänden, Megilloth (eine in prachtvoller Silberhülse), Purimteller, Sederschüsseln, Ethrog-Dosen, Chanukkah-Leuchter, Trauringe und Gürtel, Beschneidungsmesser, Amulette und auch eine schöne Mesusah in Holzhülse — kurz vorbildliche Exemplare all jener Gegenstände, die zur Erfüllung religiöser Pflichten gebraucht werden.

(Die Ausstellung ist etwa 14 Tage lang werktags von 10—1 Uhr und 4—8 Uhr, Samstags und Sonntags von 11—6 Uhr dem unentgeltlichen Besuch geöffnet; wir behalten uns vor, eventuell noch ausführlicher darauf zurückzukommen.)

München. Dienstag, 17. Juni, fand eine Sitzung der gemeindlichen Kollegien gemeinsam mit dem Schulausschuß statt, auf der Herr Rabbiner Dr. Leo Baerwald und Herr Hauptlehrer M. Rosenfeld ihre pädagogischen Ansichten entwickelten. Herr Dr. Baerwald bekannte sich nunmehr als ein überzeugter Anhänger der Arbeitsschule, der gegenüber er früher eine skeptische Stellung eingenommen hatte und setzte sich sehr für den hebräischen Sprachunterricht ein.

Wochenprogramm der V. J. St. Jordania. Sonntag und Montag, 29. und 30. Juni 1930, Ausflug auf die Zugspitze. Näheres mündlich. — Mittwoch, 2. Juli, halb 9 Uhr, Burschenkurs.

Bar-Kochba. Damen-, Mädchen- und Kinderabteilung. Sämtliche Mitglieder werden dringend aufgefordert, regelmäßig und pünktlich die Turnstunden zu besuchen. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die eingeteilten Stunden unbedingt eingehalten werden müssen. Damen, die in Abteilung II (von 8—9 Uhr) turnen, dürfen die erste Damenabteilung der Ordnung halber und wegen der bereits sehr großen Teilnehmerzahl auf keinen Fall besuchen.

Die Eltern der Kinderabteilung werden gebeten, ihre Kinder, wie sie dies bisher getan haben, regelmäßig in die Turnstunden zu schicken. Zur Zeit fehlt eine größere Anzahl der Kinder und es ist zu hoffen, daß sich der Besuch in dieser Abteilung bessert.

Jüdischer Jugendverein München. Auf der 8. Delegiertentagung wurde bei Behandlung der Probleme: „Beruf und Leben" und „Lebensgestaltung" wiederholt der Meinung Ausdruck verliehen, daß wir uns in einer immer mehr zunehmenden Proletarisierung befänden. Kritisch, wie die Jugend einmal ist, will sie keine Behauptung ohne weiteres hinnehmen. Und darum sollen uns in den nächsten Monaten die Fragen beschäftigen: „Beruhen diese Behauptungen auf Wahrheit?" und wenn ja: „Wie können wir, die jetzige Generation, getreu unserer Losung: ‚Jugend hilft der Jugend' dem kommenden Geschlecht Mittel und Wege aufzeigen, dem Übel zu steuern?" Unter dem Motto: „Proletarisieren wir?" sollen Vertreter aller Berufe, der Kaufmann wie der Angestellte, der Handwerker und Landwirt, die Vertreter der freien Berufe und des Beamtentums zu Worte kommen, um von ihrem Gesichtspunkt und ihrer Erfahrung aus dieses Problem zu erörtern. Den Reigen der Vortragenden eröffnet am 3. Juli im Lessingsaal, Beginn 20.30 Uhr, Herr Studienrat Schaalmann mit dem Thema: „Bereitet die Schule auf den Beruf vor?"

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth

Am Donnerstag, dem 12. Juni, hat die Ortsgruppe ihre zweiwöchentlich stattfindenden Vortragsabende mit einem Pressereferat von Herrn R.-A. Ernst Feilchenfeld geschlossen und ist in die Sommerpause eingetreten.

Herr R.-A. Feilchenfeld gab einen allgemeinen Überblick über die Situation der Juden in aller Welt und charakterisierte treffend die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Ländern.

An der regen Diskussion beteiligten sich die Herren Landau, Nathan Nußbaum, Dr. Liebstaedter, Dr. Strauß-Reich und Sch. Schalom.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 29
vom 17. bis 24. Juni 1930

Goldenes Buch Z.O.G. München: Familie Julius Eisen kondoliert Familie Grünbaum und Naß RM. 3.—.

Allgemeine Spenden: Familie A. Gidalewitsch gratuliert Familie Saposchnik zur Vermählung ihres Sohnes, Herrn und Frau Friedländer zur Geburt des Sohnes (unlieb verspätet) und Herrn und Frau Orlof zur Geburt der Tochter RM. 2.—.

Büchsen: Geleert durch Frl. Mirjam Philipson: Moritz Schlesinger RM. 12.38, Leo Ehrenhaus 2.45, Holzmann 1.52, L. Buchaster 1.— = RM. 17.35.

Geleert durch Herrn Jacky Renka: Prof. Kirschner RM. 2.34, S. Orljansky 5.35, Hamburger 3.69, Dr. L. Ambrunn 3.—, Rosenzweig 2.97, M. Eisenberg 4.39, Frau Schiller 1.95, Dr. R. Beer 1.— = RM. 24.69. Zusammen RM. 42.04.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929 RM. 6608.93.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds,
Herzog-Rudolf-Straße 1.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 20. Juni 1930

Spendenbuch: Sammlung anläßlich Hochzeit Schwarzmann-Ney 35.—, Sammlung anläßlich Hochzeit Meinstein-Einstein 20.—, Herr und Frau Dr. Gundersheimer anläßlich Geburt ihrer Tochter 20.—, Herr Direktor Julius Selling anläßlich seiner Genesung 20.—, Herr und Frau Hch. Ullmann anläßlich Geburt ihres Sohnes 20.—, Herr und Frau J. Metzger anläßlich Verlobung ihrer Tochter 10.—, Herr Anton Schulhöfer anläßlich einer ehrenvollen Ordensverleihung 10.—, Fürth: durch Rosi Birnbaum, Fürth 10.—, Herr Franz Steinhardt anläßlich seiner Verlobung 10.—, Frau E. Gundelfinger zum Tode ihres Mannes 10.—, Herr und Frau Dr. A. Dreyfuß anläßlich Einsegnung ihrer Tochter 5.—.

Bäume für Lizzie-Ellern-s.-A.-Garten: Familie Albert Ellern dankt allen Gesinnungsgenossen, die ihr anläßlich des schweren Verlustes, den sie erlitten hat, Beileid ausgedrückt und Aufmerksamkeiten erwiesen haben, 1 Baum 6.—.

Bäume für Rahel-Steinhardt-Garten: Lotte Fuchs gratuliert Franz und Edith Steinhardt und dankt Reiner Hirsch 1.50.

Wertzeichen: Leo Wißmann 10 Bausteine gesammelt 5.—, Judith Wechsler 8 Bausteine gesammelt 4.—, 2 Telegrammformulare Walter Löwenthal 1.—, Heinz Berliner 3 Bausteine gesammelt 1.50.

Büchsen: Familie Ellern, die während der 8 Trauertage aufgestellte Büchse 8.50, zusammen 187.50.

Seit 1. Oktober aufgebracht RM. 5649.27.

Würzburger Spenden-Ausweis
seit 27. Mai 1930

Büchsen: Frau Baumblatt 10.10, Justin Kleemann 7.—, Ungenannt durch Frl. Rubensohn 5.28, Frau Sonnenberg 5.10, Frau Dr. Hanover 3.89, Büchse am Friedhof 3.40, Hotel zur Glocke 2.60, J. Roth 2.—, A. Bajowitz 1.10, Frau Grünfeld 1.07.

Erna Fließ: 3 Telegramme 1.50, Jul. Blum 1 Telegramm —.50.

Spendenbuch: Steinberger anläßlich seiner Verlobung 20.—, Verlobung Alice Behrens-Josef Strauß 20.—, Hauptlehrer Kissinger 3.—, durch die Herren Kurz und Amberger gesammelt auf der Hochzeit S. Wachtel-H. Margulies 75.90.

Zusammen RM. 162.44.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München. Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.